

Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 20 (1924)

Artikel: Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland
Autor: Blocher, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595164>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage der deutschen Sprache im Inland und im Ausland.

Wollten wir hier alles namhaft machen, was in Gebrauch und Nichtgebrauch des Deutschen in Presse, Geschäftswelt und Behörden der Schweiz uns zu schaffen macht oder zu sorgen gibt, wir würden in einem Tag nicht fertig; es ist ja auch immer dasselbe. Darum sei nur einiges Bezeichnende herausgegriffen, was uns durch Zeitungen bekannt geworden ist.

Die Bewegung für vereinfachte Rechtschreibung, die nach den Tagen des deutschen Umsturzes auch uns stark beschäftigt hat, ist in Deutschland gänzlich eingeschlafen. Dafür haben kürzlich Schweizer versucht, die Sache in unserm Lande selbst wieder aufzunehmen. Eine Versammlung von Lehrern und Buchdruckern hat am 7. Herbstmonat letzthin in Olten stattgefunden. Wir sind nicht zugezogen worden, entnehmen aber der Presse (Schweiz. Lehrerzeitung vom 13. Herbstmonat, Thurgauer Tagblatt vom 16. Herbstmonat), daß den Vorsitz Herr F. Schwarz aus Bern führte, Herr Cornioley maßvolle, unser Mitglied Herr Dr. Löw sehr weitgehende Vorschläge machte (Lautschrift, sogar mit neuen Zeichen), dagegen Herr Prof. Otto v. Greyerz (auch einer der Unsfrigen) als zuerst und zumindest einzuführende Neuerung die Kleinschreibung der Hauptwörter bezeichnete und damit durchdrang, sowie auch mit dem Antrag, vor allem auf Wege zur Einführung dieser einfachen Neuerung zu sinnen. Man setzte einen Arbeitsausschuß ein und ging auseinander. Unsere Meinung ist, daß wir $2\frac{1}{2}$ Millionen deutsche Schweizer hierin nicht selbstständig vorgehen können. Die Sache muß gemeinsam mit dem Deutschen Reich und Oesterreich gemacht werden, sonst reißt eine schädliche Verwirrung ein. Die Öffentlichkeit hat das Ereignis von Olten kaum beachtet; vielleicht verbleibt der Arbeitsausschuß im Ruhestand.

Erfreulich ist, daß in unserer Presse für sprachliche und volkskundliche Mitteilungen über die Mundarten etwas mehr Aufmerk-

samkeit zu bemerken ist; nicht selten findet man in den Zeitungen hübsche kleine Aufsätze über Schweizerdeutsches. Es ist besser als nichts; doch dürfte der Schriftsprache auch wieder mehr Beachtung geschenkt werden. Es ist, als ob nur die Mundart für uns Herzenssache sein könnte; Keller, Meyer, Leuthold, auch Haller, Bodmer und Lavater sahen die Sache anders an und waren doch nicht schlechtere Schweizer als wir Heutige. Wir müssen auch den Betrachtungen Recht geben, die wir (13. Herbstmonat) im „Rheinthaler“ finden; es heißt dort:

„Interessant ist, daß sich selbst die Welschschweizer ganz eifrig um unsere schweizerdeutschen Mundarten annehmen, obwohl sie ihre Patois schon längst gegen die französische Schriftsprache eingetauscht haben und die Neuenburger sogar ein besseres Französisch als die Pariser sprechen. Darum ist den Welschen wohl angst, die St. Galler könnten bald ein besseres Deutsch als die — Berliner sprechen, offenbar deshalb möchten sie uns ermuntern, unsere heimatlichen Mundarten nicht zu verlernen. Die Gefahr ist aber bei weitem nicht so groß und zwar aus dem einfachen Grund, weil der Deutschschweizer im allgemeinen wenig Sinn für Sprachpflege zeigt. Wie leicht er sonst fremde Sprachen lernt, so nachlässig ist er der deutschen Schriftsprache gegenüber. Die größere Gefahr aber liegt in der Ueberfremdung, in der immer stärkeren Ueberschwemmung unseres Landes durch Ausländer. Und dagegen kommen wir bloß mit der Pflege der heimatlichen Mundarten freilich nicht auf, wiewohl die in dieser Hinsicht gemachten Anstrengungen in keiner Weise unterschätzt werden sollen. Die letzteren verdienen im Gegenteil alle Unterstützung, denn die Pflege der heimatlichen Ausdrucksweise schließt auch diejenige der Schriftsprache nicht aus.“

Feine Bemerkungen über Mundart, „Geist und Sprache“ enthält ein kurzer Aufsatz im „Berner Tagblatt“ vom 21. Brachmonat. Sie scheinen auf ein Berndeutschfest gemünzt zu sein, das man im Lauf des Jahres in der Bundesstadt gehalten hat. Der Wert der Mundart und die Berechtigung ihrer Pflege wird in schönen Worten gefeiert, dann aber fährt der Verfasser, — ich habe ihn im Verdacht, daß er dem geistlichen Stand angehöre — fort:

„Und doch müssen wir dabei auf der Hut sein. Es ist etwas krank bei dem, der anfängt sich eifrig im Spiegel zu betrachten. Ich kannte ein Kind, das jedesmal, wenn ich kam, seine Verslein und Gebetlein hersagen und zeigen mußte. Verklärt saß die Großmutter daneben. Aus dem Kind ist ein freches und verlogenem Mädchen geworden. — Unsere Bernertracht legte sich aufs Kranken- und Sterbebett, als man anfing, ein Wesen aus ihr zu machen, sie mit allerlei Firlefanz den Kellnerinnen anzuziehen und Festzüge mit ihr zu dekorieren. Welche ordentliche Bauerntochter konnte da noch unbefangen „bürsch“ daherkommen?“

Man freut sich, solche treffliche Worte gerade in einem Berner Blatt zu lesen, denn in Bern ist wohl die Gefahr am größten, aus

unserm Volkstum einen Gegenstand — jetzt brauche ich mit Ueberlegung ein arges Fremdwort — einen Gegenstand der exhibition zu machen und es zu verfäulichen Souvenirli für eine verehrliche und zahlungskräftige Hotelclientel zu verarbeiten. Lassen wir Schweizer anderer Kantone es uns aber auch gesagt sein.

Eine im ganzen gut gemeinte Verteidigung unserer sprachlichen Eigenart bringt aus der Feder eines W. Sch. zeichnenden sogenannten „alten Zürchers“ die „Neue Zürcher Zeitung“ vom 23. Hornung. Mit Recht wendet sich der Einsender gegen ganz überflüssige bairische Wörter wie *Fasching* und *rodeIn*, für die wir einheimische haben, und legt er eine Lanze ein für *Anke*, *Nidel*, *Binätsch* und *Guggumere*, — in diesem Stück als Mitkämpfer des Sprachvereins. Aber freilich ist es dann doch ganz verkehrt, zu behaupten, der Zürcher wisse „nichts Gescheiteres zu tun, als zum mindesten in sprachlicher Beziehung sich wieder an seinen großen Nachbar (!) anzulehnen, während heute jedes Volk, insbesondere seit dem Kriege, sich mehr als je auf seine Eigenart besinnt“. Denn diese neue — sagen wir's kurz heraus: nationalistische Bewegung, die durch die Welt geht, hat uns Schweizer ebenso berührt wie andere Völker und ist bei uns, wenn auch frei von Haß, so doch nicht von einer gewissen Engherzigkeit; wenn aber von Anlehnungssucht die Rede sein soll, so sehe der „alte Zürcher“ sich einmal in seiner Vaterstadt um: Swiss Bank Union, The Great Attraction, Safety matches (made in Switzerland natürlich) sehen mir nicht nach Anlehnung an den großen *Nachbar* aus.

Eine alte Schrulle verficht das „Ostschweizerische Tagblatt“ (Rorschach, Nr. vom 1. März), indem es *Kraftwagen*, *Bahnsteig*, *Schaffner* und *Fahrkarte* wieder einmal bemängelt. Es ist schon richtig, wenn er meint: der Schweizer sagt *Automobil*, aber *Kraftwagen* ist deshalb nicht weniger schweizerisch, denn *autos* ist griechisch, *mobile* lateinisch, *Chraft* und *Wage* aber sind alt und gut schweizerisch. Gewiß sagen die meisten Schweizer *Automobil*, aber sie sagen auch *Jänner*, *8 Uhr*, *Kino*, *Kasse*, und doch warte ich noch darauf, daß das „Ostschweizerische Tagblatt“ sich gegen die — um seine eigenen Ausdrücke zu brauchen — „in der schweizerischen Presse konstant spukenden“ Ausdrücke *Januar*, *20 Uhr*, *Cinéma*, *Cassa* währt.

Der Kampf gegen die Fremdwörterei ist indessen nicht völlig erlahmt. Mehrere Blätter haben z. B. einen guten Mahnruf ge-

bracht, der die Aufschrift trägt „Von der sogenannten deutschen Sprache“ (unter anderm im Liestaler „Landschäftler“ vom 13. Herbstmonat). Darin heißt es unter anderm:

„Böcklin hat nicht daran gedacht, am Gestade seiner Toteninsel ein 60 HP-Saurermotorboot festzumachen, und Hodler vermied es offenbar absichtlich, seinen Marignanokriegern Parabellumpistolen in die Gürtel zu stecken. Hätten die beiden Künstler sich etwas derartiges einfallen lassen, würde sich ob den gänzlich wesensfremden Zutaten allüberall Gelächter und Geschrei erhoben haben.“

Nicht so bei unserer Sprache. Hier zollt der Leser dem Verfasser Hochachtung bis Anbetung, wenn das Geschreib mit möglichst aufdringlichem fremden Kram verseucht ist, wenn die Fremdwörter im deutschen Satzgefüge sich stoßen und drängen.“

Hier verdient auch Erwähnung die Sprachecke der uns nicht wenig verwandten Gesellschaft für deutsche Sprache in St. Gallen. Da wird z. B. für den Prinzen von Wales — so hieß er in meiner Jugend allgemein — eingetreten („St. Galler Stadt-Anzeiger“ vom 15. Hornung 1924), und eine in demselben Blatt erschienene (am 9. August) Betrachtung über Cars-Alpins, Cars-Alpin, Car-Alpine hat mehrfachen Abdruck gefunden. Die St. Galler Blätter haben sich hier ein besonderes Verdienst erworben; durch sie dringen die Arbeitsergebnisse aus der Werkstatt des Herrn Dettli in die Öffentlichkeit der deutschen Schweiz.

Wenig gaben die Bereichs- und Machtverhältnisse unsrer Landessprachen zu reden. Es war erfreulich, daß gerade die „Neue Zürcher Zeitung“ den französischen Aufdruck Franc auf den neuen Flugpostmarken tadelte. Man pflegte sonst dergleichen auf unsrer deutschen Seite als Kleinigkeit zu betrachten; eine Kleinigkeit ist es auch an sich, aber zugleich ein immer von Zeit zu Zeit wiederholter Versuch, von der unbedingten sprachlichen Unparteilichkeit abzuweichen und uns an das Französische als gemeinsame eidgenössische Formelsprache zu gewöhnen, und insofern nun eben doch keine Kleinigkeit.

Dieselben und ähnliche Vorwürfe erhebt einer in den „Glarner Nachrichten“ (24. Herbstmonat) gegen die Schweizerische Verkehrszentrale. Hier wird auch die schmerzliche Ortsnamengebung (mit den Beispielen Freiburg, Neuenburg, Delsberg, Pruntrut, Magglingen) berührt, die uns seit Jahren Kopfzerbrechen macht und immer mehr, seitdem ein gut Teil von Europa von haßerfüllten Deutschenfressern regiert wird.

Etwas gewundert haben wir uns über einen Aufsatz der „Neuen Zürcher Nachrichten“ (19. Wintermonat 1923), überschrieben L’Ita-

lianità im Tessin, und geschrieben in Rom. Da beschwert sich der Schreiber (ein Schweizer?) über die Zunahme der „deutschen Ausbreitung“ im Tessin, und mit Erstaunen liest man in einem Zürcher Blatte die Folgerung: „Hier müssen die Fasisten wachsam sein, auf der Hut sein gegen eine deutsche Besetzung.“ Am Schlusse heißt es: „Und die Fasisten wissen genau, was sie zu tun und zu lassen haben. Man soll die Vorkommnisse in Lugano nicht vergrößern.“ Es sollte doch wohl eher heißen: Und die Fasisten als einen ausländischen Kriegerverein geht das alles rein nichts an; ob im Tessin deutsch oder norwegisch gesprochen, ob da so oder so regiert werde, das ist ganz allein unsre Sache, und selbst wenn einmal da etwas vorfiele, was Italien auch angeht, dann hätten wir einen Gesandten in Rom und würden uns an die dortige Regierung wenden, niemals an den Kriegerverein.

Unerfreulich, wenig ehrenvoll ist es, daß der Kampf der deutschen Minderheiten im Ausland von unserer Öffentlichkeit so kühn behandelt, so wenig beachtet wird. Jede Sprachgemeinschaft auf der ganzen Erde wehrt sich gegen die Unterdrückung ihrer Volksgenossen. Die Italiener kümmern sich um das Schicksal ihrer Sprache in Malta, Tunis, Amerika und im Tessin — dies sogar mit der Billigung der „N. Zürcher Nachrichten“. Die Franzosen schlagen Lärm, wenn in Schweden oder Egypten der französische Sprachunterricht beschnitten wird. Aber die empörende und unmenschliche Entrichtung ganzer deutscher Landstriche, die ohne ihr Zutun unter fremde Herrschaft geraten sind, die wird von unsren Zeitungen nur wenig beachtet, und meist nur von den kleinen. Man brauchte sich ja dabei zudem nicht einmal für unser liebes Deutsch einzusezen, wenn man sich nur erinnern wollte, daß wir sonst als das Volk der Freiheit galten. Man merkt nichts mehr davon, daß sich Volk und freiinnige Regierungen der Schweiz vor 80 Jahren mit Wärme für die Befreiung der Polen und Italiener und für die Bestrebungen deutscher Republikaner eingesetzt haben, eingesetzt bis zur Gefährdung der eigenen Sicherheit. Es war eine erfreuliche Ausnahme, wenn ein etwas unberechenbarer Zeitungsmann im letzten Mai, als eben der König von Rumänien bei uns war, ein warmes Wort für die Minderheiten Rumäniens einlegte, und wenn dabei ausgesprochen wurde, die Muttersprache der Siebenbürger Sachsen sei die von zwei Dritteln der Schweiz und die — des Königs Ferdinand von Rumänien („Basler Nachrichten“ vom 7. Mai).

Was soll man aber zu folgenden Zeilen sagen?

Die leidige Sprachenfrage.

Die Eröffnung der Schwurgerichtsperiode für das Unterelsäß in Straßburg wurde durch ein eigenartiges Vorkommnis um einen Tag verzögert. Nach der Auslosung der Geschworenen und vor Eintritt in die Verhandlungen erklärte ein Geschworener, er sei der französischen Sprache nicht mächtig, könne also den Gerichtsverhandlungen nicht folgen. Nach den Gesetzesbestimmungen mußte dieser Geschworene ausscheiden, durfte aber nicht ohne weiteres durch einen andern ersetzt werden, da hierzu eine zweite Auslosung notwendig wurde, die erst in einer neuen Sitzung vorgenommen werden durfte. Die Verhandlungen mußten daher auf den nächsten Tag verschoben werden. — Von Interesse ist dann weiter, daß am folgenden Tage noch zwei Geschworene das Geständnis machten, daß auch sie nur sehr mangelhaft französisch verstehen, also sehr zweifelhafte Gerichtsmitglieder sind.

In Zukunft wird bei der Aufstellung der Geschworenenliste mit größerer Umsicht vorgegangen werden müssen.

Dieser letzte Satz bedeutet: man wird künftig — nach unseres, eines verbreiteten demokratischen schweizerischen Blattes Urteil, im Elsaß von den Geschworenenlisten die Leute streichen müssen, die nur die deutsche Sprache verstehen, die Sprache von 90 % aller Einheimischen; man wird die Geschworenen auslesen müssen aus der kleinen Zahl reicher Leute, die französisch sprechen, und der Eingewanderten, die dem Elsässer Volk fremd, verständnislos und voll Mißtrauen entgegenstehen. Solche soziale und demokratische Grundsätze verbreitet heute die „Nationalzeitung“ in Basel (vom 23. Mai).

* * *

Wenn wir zum Ausland übergehen, liegt uns — innerlich und äußerlich — das bereits erwähnte Elsaß am nächsten. Da haben jetzt die Kommunisten des Unterelsasses einen Mann als Abgeordneten nach Paris geschickt, der den heimeligen Namen Hueber führt und das Französische, wie es scheint, weniger vollkommen beherrscht als weiland Graf Mirabeau. Wenn die (deutsche) Straßburger Zeitung *La République* dem folgenden Bericht nicht selbst die Uberschrift „Die Angst vor der deutschen Sprache“ gäbe, so würden wir es tun; das Blatt schreibt (18. Mai):

„Wie gewöhnlich an einem Samstag nachmittag herrschte auch heute nur wenig Belebung im Palais Bourbon. Ein Interesse erregte jedoch das Erscheinen des neuen Député des Bas-Rhin, Hueber, der in Begleitung der kommu-

nistischen Abgeordneten der Seine *Baillant-Couturier* und *Clamamus*, sowie *Rappoorts* Gegenstand allgemeiner Aufmerksamkeit war. Seit einigen Tagen ging nämlich in den Wandelgängen das Gerücht um, daß Herr Hueber kein Wort französisch verstehe und daß er sich vorgenommen habe, auf der Kammertribüne deutsch zu sprechen. In Wirklichkeit ist dies aber nicht der Fall. Der kommunistische Député hat bereits so viel französisch gelernt, daß er sich verständigen und einer französischen Diskussion folgen kann. Er konnte den Journalisten, die ihn befragten, auf französisch mitteilen, daß sein Vater in seiner Jugend *Sapeur Pompier* in Paris war und daß er selbst mit einer Französin verheiratet sei. Seine politischen Freunde haben hinzugefügt, daß Herr Hueber nichts unternehmen wird, das geeignet wäre, in der Kammer wegen seiner Sprache einen Zwischenfall hervorzurufen und daß er sich wahrscheinlich jeder öffentlichen Intervention enthalten wird, solange er sich nicht geläufig auf französisch ausdrücken kann.

Infolge des gestrigen Artikels seines Straßburger Korrespondenten hat sich der „*Matin*“ an die Präsidenz der Kammer gewandt, wo man ihm erklärt hat, daß sich in der Geschäftsordnung der Kammer nichts dem widersezt, daß Herr Hueber, kommunistischer Abgeordneter des Bas-Rhin, auf der Tribüne der Kammer in deutscher Sprache spricht. Es läge, so erklärt der „*Matin*“, lediglich eine Frage des Anstandes und der Würde vor. Wenn Herr Hueber aber Deutsch reden sollte, so könnten die Stenographen seine Ausführungen nicht notieren, und diese könnten daher im „*Journal Officiel*“ nicht veröffentlicht werden.

Aus dem Saargebiet kommen, soweit es sich um das Verhalten der Bevölkerung zur fremden Sprache handelt, verschiedenartige Nachrichten. Jedenfalls aber wird dort in unzulässiger Weise mit einem in dem ferndeutschen Lande völlig unnützen französischen Unterricht Unfug getrieben.

In Welschtirol geht der italienische Tankwagen weiter über das Feld. Die alte Lehrerbildungsanstalt in Bozen ist aufgehoben worden (weshalb eigentlich erst jetzt?); dafür hat man ein italienisches Gymnasium eröffnet.

Für die Belgien einverleibten preußischen Gebiete liegt (oder lag vorigen Sommer) ein Gesetzentwurf der Regierung vor, der, so wie ihn die Brüsseler Zeitungen *La Gazette* (11. Heumonat 1924) und *Le Soir* (10. Heumonat) wiedergeben, in sprachlicher Beziehung weitherziger ist als die meisten Minderheitengesetze der Siegerstaaten. Es handelt sich dabei um das Gerichtswesen und um die Verwaltungssprache; über das wichtige Gebiet der Schule scheint nichts in diesem Gesetz zu stehen. Wie das Gesetz schließlich herausgekommen ist, wissen wir noch nicht. Zu erinnern ist dabei, daß Deutsch in Belgien verfassungsgemäß die dritte Amtssprache ist, freilich eben früher nur auf dem Papier.

Schlimme Nachrichten kommen immer wieder aus Rumäniens. Nach dem Friedensschluß sah es so aus, als wollte Rumänien eine, mit andern Staaten verglichen, weitherzige Sprachenpolitik befolgen. Die Haltung der ansehnlichen deutschen Minderheiten erschwerte dem Königreich nicht, diesen Weg weiter zu beschreiten. Gerade dort im Südosten, wo die Deutschsprachigen schon ihrer geographischen Lage nach wie auch nach ihrer Vergangenheit als ungarische Untertanen nicht in Versuchung kommen können, Anschluß an ein deutsches Staatswesen zu erstreben, wäre ein friedliches und gedeihliches Zusammenleben ganz wohl möglich gewesen. Aber heute haben weithin unter dem Namen der Demokratie die Staatsallmacht und die Willkür der Staatseinheit als böse Geister die Führung in Europa. In solchen Staaten dienen Verfassungen, Wahlrechte und Volksvertretungen nur dazu, die Knechtung, der man in vergangenen Jahrhunderten allenfalls durch einen Fürstenmord hätte ein Ende machen können, mit einem Schein von Recht und Vernünftigkeit zu umgeben. Zu diesen Scheindemokratien gehört Rumänien. Dieser Staat, in dem die eroberten und geknechteten Gebiete größer sind als der alte Stammteil und zudem gebildeter, ehrlicher, fortschrittlicher und fortgeschritten in jeder Beziehung, treibt in Südosteuropa ein Werk der Entzittlichung, Verlumpung, des Rückschrittes, kurz das Gegenteil eines Kulturwerkes. Aehnlich urteilte einst Europa von der inneren Politik des russischen Zarenreiches. Aber sechs oder zehn der europäischen Staaten treiben es heute ärger als jemals das alte Russland. Dieses ist auseinandergebrochen; es wird den jetzigen Scheindemokratien des Ostens nicht anders gehen, wenn die Früchte ihres Tuns gereift sein werden. Das gilt von Rumänien, aber auch vom Tschechen- und vom Südslawenstaat wie von Polen.

Merkwürdig: der verpönte neurussische Staat scheint nach der Schweiz und Finnland die freiheitlichste Sprachenpolitik zu treiben, freiheitlicher als das „liberale britische Dominion“ Kanada, wo ein unduldsames Schulgesetz den aus dem Zarenreich ausgewanderten Mennoniten die Erhaltung ihrer mit den geistlichen Gütern untrennbar verknüpften deutschen Muttersprache fast unmöglich macht, die ihnen Russland gelassen hatte (N. Z. Z. vom 16. Wintermonat 1923). Das jetzige Russland hat bekanntlich die Gestalt eines Bundes von Einzelstaaten, die nicht die vom Liberalismus des 19. Jahrhunderts geschaffenen Einrichtungen, wohl aber eine nicht wertlose Unabhängigkeit haben. Einer dieser Einzelstaaten wird aus den alten

deutschen Wolgasiedlungen gebildet und hat, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (Nr. 718 vom 15. Mai 1924) zu sagen weiß, eine ganz deutsche Verwaltung. Auch in Südrussland (Odessa) soll es Gebiete mit deutscher Amtssprache geben („Tagblatt der Stadt Zürich“ vom 27. August 1924). Während andere Staaten ihre Minderheiten durch die Gliederung des Staatsgebietes zu zerstückeln suchen, beruht die Einteilung Russlands heute geradezu auf dem Sprach- und Volksrecht, und die Sprachfreiheiten, um die Millionen und Millionen unglücklicher Menschen in den „fortschrittlichen“ Staaten Europas trauern, kämpfen, zuweilen bluten, sind hier vollkommen gewahrt (N. Z. Z., Nr. 1025 vom 10. Februar 1924). Hier haben wir ein Stück Gerechtigkeit und Gerechtigkeit, das doch vieles von dem wieder gut macht, was sich über die jetzigen Gewalthaber Russlands sagen lässt. Wie stehen daneben jene Völker da, die, wie die Polen, ein Jahrhundert lang das Mitleid der Welt in Anspruch genommen haben und dann, vom Druck nationaler Knechtung befreit, alsbald ihren neuen Staat zum Marterwerkzeug für ihre unfreiwilligen oder freiwilligen, aber anderssprachigen Landsleute gemacht haben?

Wenn das gewaltige Zarenreich, das blühende Ungarn für ihre Sünden am Tage des Unglücks mit dem Verrat und Abfall der Randvölker bestraft worden sind, denken die neuen Staaten, in Hast zusammengeschweißt, brüchig, viel weniger gefestigt als jene alten geschichtlichen Gebilde, lange bestehen zu können?

Eduard Blocher.
